

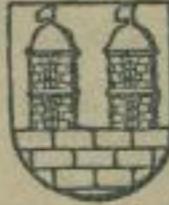
Wilsdruffer Tageblatt

Vertriebener Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 25614

Gebühren täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertags nachmittags 5 Uhr für den Schreibenden Zusatz. Bezugspreis bei Postabholung monatlich 4 M., auch anders Wöchentlich zugestellt in der Stadt monatlich 4,40 M., auf dem Lande 4,80 M., durch die Post bezogen monatlich 12 M., ohne Postabholung 4,60 M. Postabholungen und Postboten sowie weitere Dienstleistungen unterliegen jederzeit Verhängnissen ausgesetzt. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder waffiger Bewaffnungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Bezugspreises.



Jahresabonnement zu 12 M. für die regelmäßige Ressortteil über dem Raum, Jahresabonnement zu 12 M. Postabholung und Jahresabonnement entsprechender Preisabdruck. Zeitungsabnahmen im amtlichen Zoll nur von Zeitungen bis 2,50 M. Postabholung 2,50 M. Abonnementsschulde 30 M. Abonnementsschulde 30 M. Abonnementsschulde 30 M. Für die Möglichkeit der durch Jemand vermittelten Ausgaben wie keine Garantie. Jeder Auftragserhalt erhält, wenn der Bezug durch Briefe eingespielt werden muss über der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstamts Thorndorf. Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenstell: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 284.

Mittwoch den 8. Dezember 1920.

79. Jahrgang.

Brenntorf-Verkauf.

Ausgabe am 9. Dezember 5—11 und 1—4 Uhr in der städtischen Ziegeler. —

Zentner 16 Mark.

Wilsdruff, am 6. Dezember 1920.

1927

Druckerei.

Hir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags anzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Deutschland hat eine Einladung zur Teilnahme an der am 18. d. Mts. stattfindenden Entschädigungs-Konferenz in Brüssel erhalten.

* Der Reichswirtschaftsrat trifft am 10. Dezember zu seiner nächsten Vollversammlung zusammen.

* Der preußische Minister des Innern Severing hat auf Bitte des Staatssekretärs Dr. Freund das Disziplinarverfahren gegen ihn wegen der gegen Dr. Freund vom ehemaligen Regierungspräsidenten von Braun erhobenen Vorwürfe angeordnet.

* Die argentinische Ressortteil genehmigte grundsätzlich einen 60-Millionen-Wertabsatz an Deutschland wegen der Kohlenlieferungen laut dem Abkommen von Spa.

* Der französische Ministerpräsident erklärt, dass die Blockade Frankreichs auf der irrtümlichen Auffassung eines Befehls beruhe.

* Die Volksabstimmung in Griechenland ist in Ruhe erfolgt und zugunsten des Königs Konstantin ausgetragen.

* Argentinien ist aus dem Völkerbund ausgetreten, weil sein Untergang alle Staaten aufzunehmen, abgelehnt wurde.

Lopet, die überall herhalten müssen, wo irgendwo auf der ganzen Welt etwas passiert, was den Entente-Herrn nicht in den Stand setzt. Sie können sich allenfalls darauf befreien, dass es auch die argentinische Delegation gewesen ist, die gleich zu Beginn der Völkerbundskonferenz mit Radibor betonte, dass sie sich über irgendwelche Verlebungen der Neutralität ihres Landes während des Weltkrieges durch Deutschland nicht zu beklagen, dass Deutschland vielmehr selbst in den schwersten Zeiten des U-Bootkrieges die argentinische Flotte auch in der Speerzone respektiert habe.

Es wäre die argentinische Regierung ungemein, dass sie den Mut zu diesem Verlebnis aufbrachte im Angesicht einer Versammlung, deren ganze Eröffnungsberechtigung auf dem grundlosen Verdacht von der angeblichen alleinigen Kriegsfeind Deutschlands beruht. Von dieser Lüge hat sich Argentinien logisch bei seinem Eintritt in den Völkerbund distanziert. Und es hat jetzt die Gelegenheit seines Ausdrucks dazu benutzt, um der ganzen Menschheit, die da in Genf bei der Arbeit ist, die Maske vom Gesicht zu reißen. Argentinien braucht und erwartet dafür seinen Platz, am wenigsten von Deutschland; aber wo es noch rechtlich denkende und wahrhaft liebende Menschen auf der Welt gibt, wird man sich von Herzen freuen, dass die Stimme des Schlichten wieder einmal an so hervorragender Stelle sich erhoben hat.

Argentinien hat den Völkerbund verlassen — zur gleichen Zeit ist, als die Annahme der österreichischen Republik in den Völkerbund so gut wie beschlossen wurde. Ob Gewinn und Verlust sich in dieser Halle wirklich ausgleichen?

Der Postminister gegen passive Resistenz.

Wachsende Gefahr eines Beamtenstreits.

Unter den Postbeamten macht sich in letzter Zeit eine starke Neigung zur passiven Résistance, d. h. zur künstlichen Paralyse und Verlangsamung in der Arbeitsleistung bemerkbar. An folgenden Richtete das Reichspostministerium an alle Dienststellen ein Telegramm, in dem es heißt:

„Gegen Beamte, die streiken oder ihre Unruhe zum Dienst hindrängen, wird das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Dienstentlastung eröffnet. Hilfskräfte, die sich dieser Bewegung anschließen, werden straflos entlassen.“

Die passive Résistance unter den Postbeamten greift um sich. Von Südwürttemberg ausgehend, ist die Bewegung auf Elsen, Düsseldorf, Hamburg, Bremen, Kiel und andere nordherrische Orte übergesprungen. Die Postbeamten in Südwürttemberg verlangen außer einer weitgehenden Erhöhung der Leistungszulage eine Grenzzulage und eine Entschuldungsberechtigung.

Heraufsetzung der Lebensmittelpreise verlangt.

In einer Berliner Versammlung der Prälaten der Reichspost traf am Sonntag die Ablehnung von Leistungszulagen in der gesuchten Höhe sowie über das Streitverbot bei der Post große Erregung hervor, die noch durch britisches Mitteilungen über die passive Résistance eines Teiles der Postbeamten in Mannheim, Düsseldorf, Frankfurt und Elsen usw. verstärkt wurde. Ein Vertreter der Verbandsleitung warnte vor der passiven Résistance, die er als Feindseligkeit bezeichnete. Der Deutsche Beamtenbund hätte beschlossen, an der Forderung der Leistungszulagen in voller Höhe festzuhalten und, wenn sie nicht erfüllt werden würde, auch vor einem Streik nicht zurückzuschrecken.

Der Reichsverband der Post- und Telegraphenbeamten hat angeholt des Erlasses der Post einen Gesamtstreik nach Berlin einberufen. Die Versammlung lehnte knappförmig einen Antrag auf Eintritt in die passive Résistance gegen wenige Stimmen ab und forderte in einer Entschließung bis spätestens Dienstag die Zusammensetzung aller Funktionäre, um gegen das Streitverbot bei der Post Stellung zu nehmen und eine wortige Aktion einzuleiten. In einer zweiten Entscheidung wurde verlangt, dass die Verbandsleitung sich mit den Gewerkschaften auf Herbeiführung des Generalstreiks zum Zwecke der Heraufsetzung der Lebensmittelpreise verständigen möge.

In Frankfurt a. M. nahm eine von Tausenden von Beamten besetzte Versammlung eine Entschließung an, wonin sie ihrer Entrüstung Ausdruck gibt, dass nunmehr auch der Hauptausschuss des Reichstages entgegen den Verbrechen der Partei von einer Erhöhung der Leistungszulagen für alle Beamten oblagert hat. Um „den unbegrenzten und festen Willen der gesamten Beamtenchaft“ zu befunden, wurde die Bündelsleitung aufgefordert, sofort eine Kündigung darüber vorzunehmen, ob die Beamtenchaft noch weiterhin den Maßnahmen der Realisierung ratlos zusehen will.

Das Ergebnis der Londoner Konferenz.

Postamt Griechenlands. — Die Wiedergutmachung.

Das Ergebnis der Konferenz der Ministerpräsidenten der Entente in London hat folgendes Ergebnis gebracht:

1. Der Beschluss des finanziellen Bonfonds Griechenlands für den Fall, dass Konstantin den Thron bestiegt. 2. Die Vorbesprechungen des kleinasiatischen Problems, der zulässige Einzug des Griechen abgenommen werden dürfen, um unter türkische Oberhoheit zurückzufahren, allerdings unter alliierter Kontrolle. 3. Bezüglich der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland hält das offizielle Frankreich neben dem Vertragssobjekt Englands an seiner ablehnenden Haltung fest, wird aber dem Privat-Handelsverkehr mit Russland keine Hindernisse in den Weg legen. 4. Bezüglich der Wiedergutmachungsfrage besteht volle Übereinstimmung zwischen den Alliierten. Am 13. Dezember werden die technischen Delegierten der einzelnen Mächte bestimmt werden, die am 13. Dezember in Brüssel an einer Konferenz zusammentreffen sollen. Ferner wurde auch das Problem Valdostas besprochen. Nach vier Tagen soll eine weitere Konferenz der Alliierten in London oder Paris stattfinden. In Paris wird erklärt, dass die Londoner Konferenz einen diplomatischen Sieg Frankreichs darstelle.

Einladung Deutschlands zur Brüsseler Konferenz.

Bei dem Vorliegenden der deutschen Friedensdelegation in Paris ist folgende Note eingegangen:

„Ich habe die Ehre, Eurer Exzellenz mitzuteilen, dass die technischen Sachverständigen der Verbündeten sich am 13. d. Mts. vormittags in Brüssel zum Zwecke eines vorläufigen Studiums der Frage der Entschädigung vereinigt werden, die Deutschland nach dem Vertrage von Versailles zu leisten verpflichtet ist. Die Sachverständigen, die der Zahl nach zwei für jedes vertretene Land betragen werden, werden einen Bericht an ihre Regierungen erläutern, und das Protokoll ihrer Sitzungen wird der Entschädigungskommission mitgeteilt werden. Da die Sachverständigen der deutschen Regierung mit denen der verbündeten Mächte zusammen tagen sollen, wäre ich Eurer Exzellenz verpflichtet, wenn Sie mir die Namen der Bevollmächtigten der deutschen Regierung mit der größten Beiläufigkeit mitteilen wollten.“

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Das allernächstes Flugverbot. Es bestätigt ferner, dass durch eine Note der Entente jetzt sogar die Flüge nach Essen verboten worden sind. Die Entente führt sich dabei auf den Artikel 180 des Friedensvertrages, der bestimmt, innerhalb der 50-Kilometer-Zone unterzagt. Sie betrifft also die Anlage von Flugplätzen, selbst wenn diese ausschließlich friedlichen Zwecken dienen, wie es bei einem gegenwärtigen Luftverkehrsstreitfall der Fall ist, als militärische Anlagen. Es werden zwischen den beteiligten deutschen Stellen und der internationalen Luftkontrollkommission Verhandlungen stattfinden, um die Aushebung des Verbots herbeizuführen.

* Das Verfahren gegen die Kriegsbeschuldigten. Der Oberrechtsanwalt in Leipzig hat in den letzten Tagen zahlreiche Offiziere und Mannschaften vernommen, die nach Mitteilung der Entente sich in Feindeshand Kriegsverbrechen haben zuschulden kommen lassen. Wie man hört, ist aber das von der Entente geleistete Beweismaterial überaus düster. Nach der deutschen Strafprozeßordnung kann ein Hauptverfahren nur eröffnet werden, wenn die Voruntersuchung einen hinreichenden Verdacht für eine strafbare Handlung ergibt. Es ist selbstverständlich, dass das oberste deutsche Gericht alle willkürlich Schuldigen nach der Strenge des Gesetzes bestrafen wird, aber unmöglich wären Tendenzielle, die aus mangelnder Beweise hin gefällt würden. Die Entente hat sich so die Hinziehung von Vertretern vorbehalten.

* Polizeiwund in den deutschen Internierungslagern. Auf Grund einer deutschnationalen Interpretation beobachtet sich der Reichstag in dieser Woche mit der Unterbringung der polnischstämmigen Truppen in den deutschen Internierungslagern. Es wurden Dokumente vorgelegt, aus denen hervorgeht, dass die den polnischstämmigen Truppen gewährte Selbstverwaltung zu einem Terror der polnischstämmigen Kommissare sich ausgeweitet hat. Die Kommissare veranlassen ihre Truppen, mit bewaffnetem Hand die deutschen Kommunen zu unterdrücken. Die deutschen Lagerkommandanten sind diesen Zuständen gegenüber machtlos.

Großbritannien.

* Frieden mit Irland. Der stellvertretende Präsident der irischen Republik, Mr. Plunkett, hat an Lord George folgendes Telegramm gerichtet: Sie erklären, dass Sie bereit sind, sofort Frieden zu schließen. Irland ist ebenfalls bereit. Welchen ersten Schritt schlagen Sie vor?

Amerika.

x Harding für verstärkte Flotte rümpft. Wie aus Washington gemeldet wird, sagte der neu gewählte Präsident Harding in einer Rede in Newport News, es könnten schwere Zeiten kommen. Es sei dafür, daß Amerika eine Flotte benötige, die der Größe der Nation entspreche, bis zu einem Zeitpunkt, wo man in der Welt allmählich mit der Überflutung beginnen werde.

Deutscher Reichstag.

42. Sitzung.

OB Berlin, 6. Dezember.

Nach dem Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fand heute der Haushalt des Ernährungsministeriums an die Reihe. Vor Eintreten in die Tagesordnung gab der Abg. Dr. Hugo (Dtsch. V.) eine längere Erklärung ab, durch die er Angriffe, die der Abg. Simon (Reichsbunab.) am 2. Dezember mit Bezugnahme auf die Ernährungswirtschaft gegen ihn gerichtet hatte, zurückwies. Zu dem

Hauptsatz des Reichsnährungsministeriums hat der Ausdruck eine Reihe von Entschließungen vorgeschlagen. Unter anderem wird die Regierung aufgefordert, gegebenenfalls schwere Maßnahmen zu treffen, um auf die landwirtschaftlichen Verbrauchsverbindungen einzugehen, damit sie ihren ganzen Einfluß für die Absicherung von Brotaufreide, Brot und Döner einsetzen. Mit Rücksicht auf die üble Lage der Brotversorgung soll ein Verbot für die etwa verhindrige Herstellung von Lebkuchen Gebäck erlassen werden. Weiter soll auf eine schnellere und billigere Übermittlung landwirtschaftlicher Erzeugnisse hinzuwirken werden.

Nachdem der Abg. Delbrück (Deutsche Vp.) über die Anschlußverhandlungen berichtet hatte, nahm der Reichsnährungs- und Landwirtschaftsminister Hermann das Wort. Er erklärte, die Politik des Reichsnährungs- und Landwirtschaftsministers ist in letzter Zeit Gegenstand heftiger Angriffe gewesen. Im Grunde handelt es sich dabei um einen

Kampf für oder gegen die Ernährungswirtschaft.

Das Reichsnährungsministerium für Ernährung und Landwirtschaft lebt die Hoffnung des Abbaus unserer Ernährungswirtschaft fort. Den Widerstande des Landwirtes gegen die Ernährungswirtschaft entwirkt auf der Seite der Verbraucher das wachsende Betriebe, die durch die Ernährungswirtschaft gezwungenen Kaufkraftsmittel auf dem Wege des Schlechthandels zu ergänzen. Neben der gesunkenen Landwirtschaft und dem Handel treten auch bedeutende Verbrauchervereinigungen unter dem Einfluß des Vertrags der öffentlichen Versicherung in zunehmendem Maße für die Aufrechterhaltung der Ernährungswirtschaft, besonders für Fleisch und Kartoffeln ein. Die Politik des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft entspricht also einmal der Notwendigkeit, der Landwirtschaft eine größere Freiheit zu gewähren, sowohl dies mit den Interessen der Verbraucher zu vereinigen war, ferner dem nicht zu vertreffenden Vertragen der öffentlichen Gewalt bei Aufrechterhaltung der Ernährungswirtschaft. Das Angebot der Lebensmittel ist nach Aufrechterhaltung der Ernährungswirtschaft deutlich zugenommen. Allerdings fanden schwere Übergriffe und Misserfolge vor. Für Getreide, Butter, Milch und Butter können wir über die Ernährungswirtschaft nicht aufzubauen. Der Minister behandelte dann die verschiedenen Wirtschaftsfragen, wobei er auch auf den ungünstigen Stand unserer Bausubstanz einging. Was unsere Ernährungsfrage betrifft, so sei sie in der Tat sehr ernst. Der Minister kündigte den läufigen Landvolks strengen Strafen an und den Landwirten, die stetig ableisten. Belohnungen. Wenn aber der Stand unserer Ernährung sehr ungünstig sei, so sei doch zu der Schwierigkeit, wie sie in der letzten Zeit von einem Teile der Presse betrieben würde, kein Ausweg.

Die schlechte Ernte.

Wie der Ernährungsminister weiter betonte, betroffen die Brotgetreideernte nach der Schädigung der Saatensammler ein zweiter Blatt etwa sieben Millionen Tonnen gegenüber 83 Millionen im Vorjahr. Zur Brotherstellung also fehlen uns noch 250 000 Tonnen. Dieser Bedarf wird sich aber noch dadurch erhöhen, daß der Erntevertrag schon vor dem 1. August in Aktion genommen worden ist und daß der Erntevertrag wahrscheinlich hinter der Borschädigung noch zurückbleibt. Der Minister fragte sehr über die schwere Abförderung seitens der Landwirte. Absoziert sind bisher nur 285 000 Tonnen gegenüber 1 116 000 Tonnen im Vorjahr. (Hier wurde lebhaftes „Hört, hört!“ laut.) In den letzten Tagen erst sei eine leichte Besserung eingetreten. Die Landwirte haben die günstige Witterung für die Haferernte und nicht für die Getreideernte des Brotgetreides benutzt. Die Ernte ist auch wesentlich schlechter als im Vorjahr. Für Roggen

handelt es sich gegenüber dem Vorjahr geradezu um eine Katastrophe. Werner erwähnte den Minister, daß wie der

Abbildung zu Proletariede

aus dem Auslande einführen müssen, und daß dieser Betrag rund 2 Millionen Tonnen beträgt. Weiter erwähnte er, daß beabsichtigt sei, 100 000 Tonnen für Haushaltsmehl einzuführen. Das erlöste 800 Gramm für den Korb und Monat. Von einem Brummen für den Haushalt und seiner Ernährungswirtschaft, besonders der Proletariede, könne keine Rede seien. Bei allem Ernst der Lage sollte man eine solche Beunruhigung des Volkes vermeiden. Bisher ist in diesem Jahre in der Welt ausländische Getreide angeliefert worden, und es wird noch für 9 Milliarden zu beschaffen sein. Auf dem Weltmarkt stehen 29 Millionen Tonnen Weizen zur Verfügung. Davor braucht England 5, Italien 3, Deutschland 2%, Frankreich 1% und die neutralen Staaten zwei Millionen Tonnen. Mit Rücksicht auf die schlechte Abförderung des Getreides, betonte der Minister auch, daß die deutsche Landwirtschaft eine moralelle Krise durchmache. Von dem Überleben dieser Krise wird die Überwindung der wirtschaftlichen Krise abhängen. Bei der Landwirtschaft müsse wieder Moral eingesieben. Dafür will der Minister Propaganda machen. Eine nachdrückliche

Hedung der Milchversorgung

ist nur durch Hedung der Buttermittellage möglich. Die gute Zeit ermittelte hat zwar den Stand des Viehs verbessert, aber die Milchproduktion ist nur durch die Kraftfuttermittellage zu erhöhen. Ich hoffe, daß es unseren Verhandlungen mit der Ukraine über das abzulehrende Vieh gelingen möge, eine noch weitere Verschlechterung unserer Ernährung zu verhindern. Das wäre der schwerste Schlag gegen unsere Säuglinge. Die Verteilung der Milch wird noch lange durch die öffentliche Hand zu erfolgen haben.

Die Hölle Augustin und Kuhn.

Rach dem Ernährungsminister sprach der Abg. Braun (Soz.), der vorelliische Landwirtschaftsminister und Ministerpräsident. Er bebandelte vor allem die Frage der Beschaffung von Düngemitteln. Dann ging der Redner auf den Fall Augustin ein. Mit einer Erregung, die sich immer mehr steinerne, erklärte er, daß in diesem Falle nicht mit der nötigen Entscheidlichkeit vorgegangen sei. Der Redner nahm den Staatssekretär Kuhn nachdrücklich in Schuß und sprach sich sowohl gegen Augustin als auch gegen den Reichsnährungsminister Hermann aus.

Minister Hermann sprach sich darauf schärf gegen den Abg. Braun aus. Der Fall Augustin sei ganz anders wie ihn der Vorredner dargestellt habe. Sehr belastend sprach sich Hermann über den Staatssekretär Kuhn aus und er hoffe, daß er seine Ansichten gegen diesen noch unter Eid machen könnte.

Die Sitzung zog sich noch längere Zeit hin.

Unsere Ernährungslage.

Die mangelhafte Getreideversorgung.

Bei den Verhandlungen der Ernährungsminister der deutschen Länder in Weimar hielt Reichsnährungsminister Dr. Hermann folgende Rede:

„Die Tagesordnung, die wir Ihnen vorgelegt haben, umfaßt wichtige Gebiete der Ernährung; andere haben für eine spätere Beratung zurückgestellt werden müssen. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die Getreideversorgung. Wir alle wissen, daß gerade die Getreideversorgung das Gebiet ist, das die ernste Aufmerksamkeit der Reichsregierung in Anspruch nimmt, und daß wir alle Kraft anspannen müssen, um die verlangsame Abförderung wieder in Gang zu bringen. Wir halten das für den Kardinalpunkt der Ernährungswirtschaft. Wenn ich auch nicht den extremen pessimistischen teile, der in der Öffentlichkeit mehrfach zum Ausdruck kommt, so wäre es doch nicht gerechtfertigt, diese Angelegenheit leicht zu nehmen. Wir hoffen, bei unserem Bemühen, die inländische Versorgung wieder zu leben, Verständnis und Unterstützung bei der Landwirtschaft zu finden. Wir dürfen nicht ruhig zuschauen, wenn ein Teil der Erzähler und der Händler ihrem Egoismus keine Rücksicht mehr anzeigt, und wir vielleicht der Meinung, daß mit scharfem Mittel der Executive zugegriffen werden muß in den Fällen, in denen Erzähler und Händler die Interessen der Allgemeinheit außer acht lassen und nur an den eigenen möglichst hohen Gewinn denken. Gerade dieser Punkt wird in unseren Erörterungen eine besondere Rolle spielen müssen. Im weiteren Verlauf der Tagung werden wir die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung erörtern, wobei insbesondere an die Verbilligung von Zolländer zu denken ist, dann an die Wiederbefreiung und die Wirkung der Aufhebung der Ernährungswirtschaft auf ver-

wiedenen Gebieten. In diesem Jahre sind wichtige Einschränkungen der Ernährungswirtschaft erfolgt, so daß die Beobachtung der Wirkung dieser Maßnahmen von großer Bedeutung ist. Wir müssen aber alle Kreise der Bevölkerung auch mit dem Gedanken vertraut machen, daß zunächst in dem Abbau der Ernährungswirtschaft eine große Pause eingetreten ist, und breiten mit dem Gedanken, daß ob hinter der Aufhebung der Ernährungswirtschaft für Fleisch und Kartoffeln jene die Auflösung der Ernährungswirtschaft

des Getreides kommen müsse und kommen werde.“

Der Fall Kahn.

Ein Skandal bei den Deutschen Werken.

Im Hauptausbau des Reichstages ist ein lebhafter Kampf entbrannt über eigentliches Vorgänge bei den sogenannten Deutschen Werken, wie heute die früheren Staatwerke genannt werden. Diese werden jetzt „staatlich“ betrieben, was neuerdings zu einem Fall „Kahn“ geführt hat. Mit diesem hatte die Zeitung der Werke einen Vertrag über Verwertung von Werkzeugmaschinen abgeschlossen, der ganz einzigt dasteht. Als Reichsminister v. Raumer davon erfuhr, ist er der Gesellschaft sehr deutlich gekommen, was diese dann veranlaßte, aus „politischen Gründen“ ihre Kündigung einzureichen. Entgegen einem sozialdemokratischen Antrag beschloß der Ausschuß in eine eingehende Erörterung der Sache einzutreten, und der Reichsnährungsminister schiede nun eingehend den unglaublichen Vertrag. Danach bestätigt sich

Kahns Gewinn auf 31 Millionen.

wenn er nur eines Viertel des ihm an Hand gegebenen Maschinennmaterials verkauft. Der Vertrag enthält weiter zahlreiche ungünstige Einzelbestimmungen, aus denen Kahn große Vorteile ziehen kann. Beispielsweise erzielt Kahn 10 % des Unterschiedes zwischen dem Maschinen- und dem Schrottopreis als Neugeld für alle Maschinen, die das Reich oder die Reichsreinheitsgesellschaft insbesondere bei der Substitution der auf Grund des Friedensvertrages zu liefernden Maschinen aus politischen, sozialen oder anderen Gründen in Anspruch zu nehmen gezwungen ist. Werner erhält Kahn den Tageschrottopreis vergütet, falls die deutschen Werke Maschinen für eigenen Schrotbedarf verbrauchen. Wie der Minister weiter erklärte, ist die Kündigung, die dieses Abkommen von Sachverständiger Seite erfahren hat, einfach vernichtet. Kahn hat die Bereitschaft, vom Vertrag zurückzutreten, nur unter Bedingungen ausgeprochen, die von Sachverständigen als unannehmbar bezeichnet werden. Der ohne Wissen des Aufsichtsrats, ohne Kenntnis des Reichsministeriums, ohne Information der Reichsreinheitsgesellschaft abgeschlossene Vertrag bedeutet für Herrn Kahn, einen Herrn von 29 Jahren, der seine eingetragene Firma besitzt, eine ungeheure Verdienstmöglichkeit. Für die deutschen Werke enthält er schwere und langfristige Verpflichtungen. Er enthielt dabei keinerlei wirkliche Sicherungen gegen Schlebung und Korruption. Der Vertrag verletzt die Interessen des Reiches auf das allerhöchste.

Polen's Wirtschaftslage.

Die völlig verloste Währung.

Angesichts der bevorstehenden Abstimmung in Oberschlesien ist es sehr interessant, daß Urteil eines polnischen Blattes über die Zustände in Polen zu hören. Der „Kurier Nowotski“ schreibt darüber folgende beherzte Worte:

Nach den Wahrnehmungen der Sachverständigen nimmt die Teuerung in Polen immer mehr zu. Nahezu täglich die Verarbeitungskosten haben sich so gestaltet, daß in Kürze eine Ausfuhr überschüssiger Waren nicht mehr wird erfolgen können. Da aber der Wert der polnischen Währung nur durch Ausfuhr gehoben werden kann, bedrohtigt das Finanzministerium einige Auszubräge, z. B. für Holz, ganzlich fallen zu lassen. Damit läuft aber anderseits der Staat wieder eine Quelle seiner Einnahmen ein. Infolge der weit über das Maß der Geldentwertung gestiegenen Produktionskosten ist bereits heute deutsches Salz billiger als das inländische. Im freien Handel ist sogar das ausländische Getreide billiger als das polnische. Wenn das so weiter geht, daß im Ausland alles billiger erstanden werden kann, wird die Produktion bald nicht mehr lohnenswert erscheinen. Alle Dienstleistungen, die immer wieder Lohnsteigerungen durchsetzen

endlich Aufschluß über meine Person geben; ich bin Ihnen ja so viel Dank schuldig!“

„Lassen Sie das doch nur, Kind, und strengen Sie sich durch unnötiges Reden nicht an.“

„das ist nun alles eins.“ lächelte Mary wehmütig. „Wollen Sie mir einen Gefallen tun? Geben Sie mir doch bitte, aus meinem Schubfach den polierten Kasten heraus!“ Frau Homann tat es und schloß ihn auch auf, worauf Mary ein kleines Kästchen herausnahm und beiseite legte. „Das legen Sie mir mit in meinen Sarg, ja? Versprechen Sie mir das! Es hat für niemand Interesse.“ Und wenn Sie an Frau Doktor Walter schreiben, dann bitten Sie sie, daß sie das Grab nicht vergibt! — — — Und diese Blätter sind für Sie, liebes Tanzen! Ich habe Ihnen Verschiedenes aufgeschrieben. — Wollen Sie sie jetzt lesen? Nicht? Nur, dann später — und dann haben Sie Nachicht mit mir, ja? Tragen Sie mir aber, bitte, jene Heimlichkeit nicht nach!“ Müde schloß sie die Augen.

Ganz leise wurde da die Tür geöffnet. „Schläft sie noch?“

„Nein, Onkel Doktor, kommen Sie nur herein!“ und den Kopf ein wenig wendend, lächelte sie dem Eintretenden entgegen.

„Nun, wie haben doch schön geschlafen? Ja? Na, also! Und kein Gieber mehr?“ sagte Doktor Homann etwas gezwungen lässig. Er als Arzt wußte ja am besten, wie es stand, daß es keine Rettung mehr gab — zwei Tage höchstens noch! —

„Kindchen, draußen ist jemand, der Sie gern sehen will — darf er — ?“

„Wer,“ ein schwaches Rot trat in ihr Gesicht; der Gedanke an Wolf durchzuckte sie; aber das war ja unmöglich; er konnte ja nichts von ihrem Kranksein wissen.

„Kennen Sie nicht raten? Doktor Cornelius!“

Sie nickte. Gleich darauf stand dieser an ihrem Bett, eines Wortes fähig vor innerer Bewegung, die sich auf seinem hübschen Gesicht deutlich abspiegelte.

„Sie reichte ihm die schmale abgezehrte Hand. „Das ist lied von Ihnen, daß Sie noch einmal nach mir sehen! nicht wahr, wie waren doch zwei gute Kameraden und haben wacker miteinander gearbeitet!“ Er drückte festig ihre Hand; sprechen konnte er nicht.

(Fortsetzung folgt).

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

„Tue Deiner Frau nicht Unrecht, Wolf! Sie hat Hasso sehr geliebt!“

„Ja, ja — sich aber noch viel mehr! Laß uns nicht weiter darüber sprechen, es hat doch keinen Zweck, und peinigt mich unnötig.“ Beide schwiegen und hingen ihren Gedanken nach.

„Wie einsam es hier ist,“ sagte Mary leise erschauernd, darum erscheint Dir auch alles in einem doppelt düsteren Lichte!“

Da sahen sie sich beide lange an, bis er ihre Hand fühlte und sagte: „Damals, Mary, damals störte uns das nicht! und er sprach das aus, woran sie in diesem Augenblick dachte.

„Damals war es auch Frühling, Wolf, und die Rosen blühten,“ sagte sie leise, ihn mit einem unbeschreiblichen Blick anschauend, — „und jetzt ist es Herbst!“

„Ja — Herbst!“ und er blickte an ihr vorbei ins Veere. Sie schaute da in ihrem dünnen Jackett zusammen; es war doch zu naßhaft und feucht. Er bemerkte es.

„Du frierst, mein Märchen? Laß uns gehen! Wir stehen so lange schon hier; Du hast gewiß nasse und kalte Füße bekommen.“

„Ach, das tut nichts! Aber Du hast recht, Frau Doktor Homann wird schelten!“

„Du bist noch bei ihnen?“

„Ja, und diesen Winter bleibe ich auch noch da. Mit dem Pflegen wird es allerdings nicht viel werden; Herr Doktor will es nicht — höchstens, daß ich mich in seiner Privatklinik nützlich mache. O, sie sind beide so gut zu mir.“

„Wenn Du hier bist, sehe ich Dich vielleicht doch öfter noch, Märchen?“

„Vielleicht wird es der Zufall wollen, daß wir uns mal auf der Straße begegnen, sonst glaube ich es nicht! Nun laß mich gehen; mich friert!“ Sie streckte ihm beide Hände entgegen. „Behalt Dich Gott, mein Wolf!“ Mit festem Druck ergriff er sie und blickte schmerlich bewegt in ihr süßes blaßes Gesicht. Er hatte noch so viel auf dem Herzen, was er sagen und fragen wollte, drachte jedoch kein Wort hervor. „Lebewohl, mein Märchen, mein

einziges Glück,“ kam es endlich über seine Lippen; wie halbverdutzt klangen diese Worte und komisch prahlte er ihre Hände. Einer plötzlichen Eingebung folgend, schlängte sie die Arme um seinen Hals und drückte einen innigen Kuß auf seinen Mund. Er drückte sie an sich, als ob er sie nie wieder lassen wollte. „Bleibe doch bei mir,“ flüsterte er flehend in ihr Ohr. Aber sie befreite sich aus seiner Umarmung und ging schnell fort. Nach ein paar Minuten sah sie sich um; wie sie da den Geliebten noch immer so traurig und einsam an dem Grab sahen sah, packte sie der Schmerz um ihn von neuem. Sie lehnt ihr Gesicht an eine Linde, die ihre entblätterten Äste wie anklappend zum Himmel strecke und weinte heiße Tränen um ihre verlorene Liebe.

VIII.

„Ich diente einen langen Schlaf zu mir;

Denn dieser letzten Tage Trau war groß.“

(Schiller: „Wallensteins Tod.“)

Es war Marys letzter Gang gewesen. Bei dem nachkalten Wetter hatte sie sich eine kräftige Erkältung zugezogen, der ihr zarter, durch Nachtwachen und seelische Aufregung geschwächter Körper nicht gewachsen war. Nach mehrwöchentlichem Krankenlager wußte sie, daß es zu Ende mit ihr ging; still und ergeben lag sie mit geschlossenen Augen in den weißen Kissen. Frau Doktor Homann saß leise schluchzend an ihrem Bett.

„Weinen Sie doch nicht, mein liebstes Tanzen,“ sagte Mary da, die Augen ausschlagend, mit matter Stimme, „gönnen Sie mir doch die Ruhe, die ich so heiß ersehnt habe.“ Sie machte eine Pause, da das Sprechen sie doch etwas anstrengte, „ich freue mich sogar — dann sche ich doch endlich meine lieben Eltern wieder und Hasso.“

„Sprechen Sie doch nicht so, Kind! Es zerstört mit das Herz! Wir haben Sie doch so lieb gewonnen, daß Sie uns verlassen wollen.“

„Für mich ist es das beste, liebstes Tanzen! Ich bin so müde, daß ich mich auf den langen Schlaf freue!“

„Bitte, nicht weinen!“ Ihre schlanken Finger umfaßten zärtlich die Hand der anderen — dann, nach einer Pause

„Ich habe nicht viel Zeit mehr

wollen, sollten endlich einmal begreifen, daß dieser Weg zum Hungertode führt, denn was soll eigentlich für eine völlig wertlose gewordene Währung noch eingeführt werden. Es ist hohe Zeit, daß die Regierung die ganze Wahrheit ihren Bürgern enthüllt."

Neueste Meldungen.

Deutsche Kohlen für Holland.

Effen. Im Monat Oktober hat die Einfuhr deutscher Kohlen nach Holland 82 819 Tonnen Kohlen, 13 909 Tonnen ois, 410 000 Tonnen Steinkohlenbitum und 3199 Tonnen rönt-abenbitum betragen. Diese Zahlen entsprechen den Vereinbarungen des Koblenzlehrungsvertrages mit Holland.

Sudamerikanische Saldigung für Spanien.

Gent. Die Delegierten Argentiniens auf der Völkerbundversammlung in Genf veranlaßten zu Ehren der spanischen Delegation ein Treffen, auf dem die Vertreter Argentiniens, Boliviens, Brasiliens, Chile, Kolumbiens, Kubas, Guatimalas, Paraguays, Panamas, Perus, Paraguays, San Salvador, Uruguays und Venezuelas an König Alfonso ein Empfangstelegramm schickten. Darauf antwortete der König dankend. Der Zusammenschluß der südamerikanischen Staaten aus einer Sprache sei eine der wichtigsten Errreichungen auf der Völkerbundtagung.

Neuer Angriff der Röten Armees.

Helsingfors. Nach allen hier eintauenden Nachrichten ist bestimmt mit einem neuen Angriff Sowjetruhlands auf die Landstaaten zu rechnen. Allein an der polnischen Grenze soll bereits eine Armee von 400 000 Mann stehen. Man rechnet mit einem Winterfeldzug.

Verschiedene Meldungen.

Paris. Die mexikanische Gesandtschaft dementiert die im Ausland verbreitete Nachricht, der Präsident von Mexiko, General Obregon, sei ermordet worden. Offenbar liege eine Verweichung mit General Villa vor, der schwer verwundet worden ist.

Paris. Nach den letzten Nachrichten aus Südrussland ist die Flotte des Generals Wrangel unter den Schutz Kontraint's gestellt worden. Hauptquartier der Kriegsschiffe in Silicja und der Handelsstädte Toulon.

Letzte Drahtberichte

des "Wilsdruffer Tageblattes".

Die sozialistische Einigung für die sächsische Kabinettbildung.

Dresden, 7. Dezember. (zu.) Gestern in später Abendstunde einigten sich die beiden sozialistischen Parteien in der Frage der Kabinettbildung auf folgender Grundlage: Ministerpräsident bleibt Buch, Justizminister bleibt Dr. Harnisch, Wirtschaftsminister bleibt Schwarz, Finanzminister wird der bisherige Arbeitsminister Heldt oder der Abgeordnete Wirth, Chemnitz. Die drei anderen Ministerposten fallen den Unabhängigen zu. Minister des Innern und Vertreter des Ministerpräsidenten wird Reichstagsabgeordneter Pipinski, Leipzig, Kultusminister Abgeordneter Flechner, Dresden und Arbeitsminister Reichstagsabgeordneter Jäckel, Plauen. Der Kampf um den Ministerposten des Innern war erb. Die Unabhängigen setzten über ihre Forderung durch. Dafür forderten die Mehrheitssozialdemokraten die Bezeichnung des wichtigen Finanzministerpostens.

Die nächste Völkerbundversammlung 1921.

Genf, 7. Dezember. (zu.) Viviani erklärte gestern im Völkerbund, daß die Völkerbundversammlung während ihrer dreiwöchigen Tagung die Frage der Geschäftsordnung in verfassungsrechtlicher Beziehung zwischen Rat und Vollversammlung gelöst habe. Die nächste Völkerbundversammlung findet bereits im September 1921 statt. Zur Aufnahme neuer Staaten erklärte Viviani, daß der Völkerbund ausnahmslos alle Staaten umfassen müsse, nur müsse der um Aufnahme werdende Staat Garantien für die Einhaltung seiner internationalen Verpflichtungen geben.

Aufgehobenes Exportverbot nach Deutschland.

Haag, 7. Dezember. (zu.) Die Times meldet aus Melbourne: Die australische Bundesregierung hat das Exportverbot nach Deutschland, Österreich, Ungarn, der Türkei und Bulgarien aufgehoben, um die Wollausfuhr dorthin zu heben. Die Einfuhrverbote werden aufrechterhalten. Außerdem hat die südafrikanische Regierung einen Sachverständigen nach Berlin gesandt zwecks Finanzierung von Wollexporten nach Deutschland.

Streik österreichischer Staatsbeamten.

Wien, 7. Dezember. (zu.) Der Streik der Staatsbeamten der mittleren Kategorien ist gestern früh ausgedrohen. Das Hauptzollamt hat seinen Dienst eingestellt. Die Steuerämter sind gesperrt, die Zentralposte ist geschlossen. Es ist mit einer längeren Dauer des Streikes zu rechnen. Die Regierung erklärte, daß sie nicht in der Lage sei, angeichts der schlechten Finanzlage des Staates die Forderungen zu bewilligen.

Aus Stadt und Land.

Meldungen der viele Kunden reichen mit immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 7. Dezember 1920.

Vorweihnachtliche Geheimnisse. Was flüstert und lichtet, raunt und knistert an allen Ecken und Enden des Hauses? Niemand soll's wissen und niemand soll's lehn — das sind die Geheimnisse der heiligen Adventswochen, das ist das lüste, bange Hören und Harren der fröhlichen, seligen, graudringenden Weihnachtszeit. Nicht allsorten geht sie mit der Freude Hand in Hand. Auch in diesem Jahre ist die Not, die der Krieg brachte und in noch drohender Gestalt hinterließ, groß genug, um Millionen Menschen in Deutschland tief zu entmutigen. Dennoch aber soll ein freudiges Christfest gefeiert werden. Wie sollen nicht nur an uns denken. Andere leiden gewiß noch weit schwerer an der Not dieser Zeit! Ihnen einen lieben, warmen Weihnachtsschimmer ins Herz zu zaubern, soll unsere vornehmste Weihnachtsaufgabe sein.

Genenerung der Weiterveräußerungsbescheinigungen für die Auguststeuer. Die Weiterveräußerungsbescheinigung, die gemäß § 22 des neuen Umsatzsteuergesetzes bei Lieferungen der Kleinhandelssteuerpflichtigen Zugangsgegenstände die Befreiung von der Auguststeuer ermöglicht, verliert mit dem 31. Dezember 1920 ihre Gültigkeit. Für ihre sofortige Erneuerung ist Sorge zu tragen. Das gleiche gilt für die Bescheinigungen in den verschiedenen bisher geregelten Bezugsscheinsverfahren (Personenzahrscheine, Rauchwaren, Halberzeugnisse für die Phonographen-Industrie, Bestandteile und Zubehörstücke für photographische Apparate, Bücher).

und Dosen, Nied- und Schönheitsmittel). Gemäß § 93 Abs. 3 Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz ist die Annahme des Lagerbestandes der Auguststeuerpflichtigen Gegenstände zu Beginn eines jeden Kalenderjahrs zu wiederholen; gemäß § 101 Abs. 5 und am Schlus eines jeden Steuerabschlusses die Spalten des Sterebuches über die in der Umsatzsteuererklärung anzugebenden Güttie aufzurichten.

Wann wird die Wahl des Ministerpräsidenten erfolgen? Der Landtag wird in seiner Eröffnungssitzung am heutigen Dienstag nur die Wahl des Präsidiums vornehmen. Voraussichtlich wird der bisherige Präsident Großdorff wiedergewählt werden. Als 1. und 2. Vizepräsidenten wird je ein Mitglied der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei präsentiert werden. Am Mittwoch wird der Landtag die Wahl der Mitglieder für die einzelnen Ausschüsse erledigen und sich dann voraussichtlich bis Anfang kommender Woche vertagen. In unterrichteten Kreisen wird mit der Wahl des Ministerpräsidenten nicht vor Dienstag nächster Woche gerechnet. Ebenso hält man es auch heute noch nicht für ausgeschlossen, daß diese Wahl schließlich noch eine Überraschung bringen kann. — Die schon mitgeteilten Schluß der am Sonntag stattgefundenen Konferenz der Mehrheitssozialdemokraten haben in der am Montag abgehaltenen Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion noch zu teilweise sehr erregten Auseinandersetzungen geführt, worauf erneut Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und Unabhängigen von Fraktion zu Fraktion aufgenommen werden mügten, die bis weit in den Abend hinein sich erstrecken. Jedenfalls ist die Frage der Regierungsbildung durchaus noch nicht so sicher gelöst, wie dies von einigen Seiten glauben zu machen versucht wird.

Mitteldeutschland-Turngau. Vergangenen Sonntag fand auf der Blaumstraße das vom Mitteldeutschland-Turngau veranstaltete Gerätewettkampf statt. Punkt 10 Uhr begann der Kampf, der ohne jeden Unfall 1 Uhr mittags endete. Nach kurzer Pause kamen nachmittags 1/2 Uhr weit über 200 Turner zur letzten diesjährigen Gauvoorturnerstunde zusammen. Ein kurzes Kürturnen, gehoben durch die Dresdner Kunstuertner-Vereinigung, erzielte allgemeinen Beifall. Staffelsiebungen, Gemeinschaften am Reck, am Barten und am Pferd gaben reichlichen und guten Stoff zur weiteren Ausbildung der Teilnehmer. Eine kurze Versammlung, verbunden mit der Siegerkündigung vereinigte eine große Anzahl der Turner im Vereinsraum des Turnvereins Neu- und Antonstadt. Auch vom hiesigen deutschen Turnverein waren einige Turner zum Wettkampf angereist, von denen Sühmann mit 147 Punkten als 6. Sieger, Sippach mit 141 Punkten als 11. Sieger und Hombach mit 134 Punkten als 17. Sieger hervorragten.

Die Lindenlösch-Lichtspiele bringen morgen einen Film, der wochenlang im Olympia-Theater in Dresden den größten Erfolg erzielt hat: "Rose Bernd", nach dem gleichnamigen bekannten Schauspiel von Gerhart Hauptmann. Hennig Porten spielt die Hauptrolle. Ein Besuch kann nur empfohlen werden. (Bergl. Inf.).

Die Kinderhilfstage haben trotz der verhältnismäßig ungünstigen Witterung einen schönen Erfolg gebracht, wie Mitteilungen aus dem ganzen Lande beweisen. In einigen Orten sind infolge ungünstiger Umstände die Hauptammlertage verschoben worden. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die ministerielle Genehmigung der Sammlung "Deutsche Kinderhilfe" sich bis 31. Januar 1921 erstreckt. Es sieht also einer weiteren Ausdehnung der Sammlung vornehmlich durch besondere Veranstaltungen (Vorträge usw.) nichts im Wege. Im Gegenteil wäre es im Interesse der Sammlung dringend erwünscht, wenn alle weiteren Gelegenheiten benutzt würden.

Die Paul- und Alauenseuche ist offenbarweise im Rückgang. Am 30. November d. J. betrug ihr Stand im Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen 152 Gemeinden 603 Gehöfte, während am 15. November noch 173 Gemeinden 774 Gehöfte ähnlich festgestellt wurden. Im ganzen Lande war der Stand am 31. November 1877 Gemeinden, 11110 Gehöfte gegen 1908 Gemeinden, 11888 Gehöfte am 15. November.

Wo steht Höß? Die Staatsanwaltschaft zu Plauen hat gegen den Kommunistenführer, den Techniker Moritz Höß, einen Steckbrief erlassen. Höß ist am 14. Okt. 1889 zu Moritz bei Riesa geboren, er soll nach dem neuesten

Fahndungsbericht einen guten grauen Anzug und dergleichen Ustur, ferner einen dunkelbraunen Hut mit schwarzem Band und weiter einen Selbstbinder tragen. Auf die Ergreifung des Höß sind bekanntlich 30 000 Mark Belohnung ausgesetzt worden.

Neue Lohnforderungen der sächsischen Bergleute. In einer am Sonntag in Hohenstein-Ernstthal abgehaltenen Konferenz der Betriebsräte und Betriebsleute aus dem Zugauer und Zwönitzer Steinkohlenrevier und aus dem Blauenischen Grunde wurde zur Antwort des Bergbaukundlichen Vereins auf die von den Bergarbeitern aufgestellten neuen Forderungen Stellung genommen. Von den Bergverwaltungen waren Zulagen in Höhe von 50 Pf. für Jugendliche, 1 Mt. für Unverheiratete und 150 Pf. für Verheiratete pro Schicht angeboten worden, die aber in der Versammlung als unzureichend erklärt wurden. Man verlangte vielmehr 1 Mt. für Jugendliche, 2 Mt. für Ledige und Verheiratete und außerdem für Verheiratete ein Hausstandsgeld in Höhe von 2 Mt. und 1 Mt. Zulage für jedes Kind pro Schicht. An diesen Forderungen will man unbedingt festhalten. Gleichzeitig wurde der Beschuß gefaßt, das Verfahren der 8 Schichten unter allen Umständen abzulehnen.

Klipphausen. Die Haussammlung Deutsche Ruhethilfe ergab den erfreulichen Betrag von 327,50 Mt.

Meißen. Bei dem Brande in den Somagwerken handelt es sich um einen kleinen Flügel eines älteren, schon seit langer Zeit fast ganz außer Betrieb gesetzten Gebäudes, das von dem Feuer ergriffen wurde. Der Betrieb der Somagwerke wird durch dieses Vorkommen nicht im geringsten behindert oder beeinträchtigt.

Gittersee. In der Nacht zum Freitag wurden Benohren eines Hauses in der Dresdner Straße durch das Wimmern eines kleinen Kindes gestört. Nachforschungen ergaben, daß das arme kleine Wesen ein soeben erst geborenes Kind, in einer Abortgrube lag. Mit Hilfe von Leitern und langen Stangen brachte man es schließlich heraus. Es lebte noch, verschloß dann aber. Die Mutter wurde in einer Arbeiterin in demselben Hause ermittelt.

Dresden. In der Feuerbestattungsanstalt der Stadt Dresden sind im Monat November d. J. 68 Einäscherungen erfolgt und zwar 33 männlichen und 35 weiblichen Geschlechts. Von den Verstorbenen waren 64 evangel., 3 kath. und 1 Dissident. In 61 Fällen fand religiöse Feier statt. Vom Tage der Inkarnation (22. Mai 1911) sind dies 7221 Einäscherungen.

Dresden. In der Voraussicht, daß eine große Anzahl von Lehrern sich weigern wird, Religionsunterricht zu erzielen, hat die Superintendentur Dresden die Geistlichen im Amt und im Ruhestand, ebenso die Kandidaten der Theologie aufgefordert, den Religionsunterricht zu übernehmen. Hierzu haben sich 107 Geistliche und Kandidaten bereit erklärt.

Großenhain. Ein gräßlicher Unglücksfall trug sich in der Luchsfabrik der Firma Brüder Naundorf zu. Der 22 Jahre alte Stuhlvorsteher Koch wollte einen Riemen auf die im Gange befindliche Welle auflegen, dabei geriet er in die Transmission, wurde in das Getriebe gezogen und mehrere Male herumgeschleudert, ehe es gelang, die Maschine abzustellen. Dem Bedauernswerten wurden beide Beine und der rechte Arm herausgerissen, der Rumpf wurde förmlich zermaulnt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Annaberg. Die Fortführung unseres Stadttheaters ist durch ein festes Abonnement von 500 Teilnehmern, durch private Garantiezeichnung von 46 000 Mt. und einen städtischen Zuschuß von 48 000 Mt. gesichert. Die Stadtverordneten haben den Zuschuß unter der Bedingung genehmigt, daß die Garantiesumme bis zum 1. Dezember bei der Stadthauptkasse eingezahlt wird.

Oberseiffenbach. Das Gemeindearmenhaus Obermühle ist durch ein Schadensfeuer völlig zerstört. Nicht sonstig gerettet werden. Bei dem Brande ist auch eine Frau erstickt.

Leipzig. Auf dem Magdeburg-Thüringer Bahnhof sind in diesen Tagen zwei Eisenbahnwagen mit ausländischen Zigaretten, man spricht von fünf Millionen, in dem Augenblick beschlagnahmt worden, als sie von Abfahrt einer Leipziger Firma abgeholt werden sollten. Diese Riesensendung soll über Köln nach Deutschland einführt werden sein.

Weihnachts-Anzeigen

sollen immer das
besondere Augenmerk
der Leser auf sich lenken.
Das wird aber nur durch eine
sorgfältige Saalauflösung er-
reicht, und diese Sorgfalt kann

angewandt werden,
wenn unsere werten In-
serenten die besonders für
die Sonntagsnummer be-
stimmten Anzeigen möglichst
am Tage vorher aufgeben.

Geschäftsstelle des Wilsdruffer Tageblattes.



